

An die
Niederbayern- bzw. Lokalredaktionen der PNP

Bankverbindung

Sparkasse Passau

Konto-Nr. 30010078

BLZ: 740 500 00

Pressemitteilung

Das von Bundestagsabgeordneten Andreas Scheuer in der „Passauer Neuen Presse“ vorgestellte aktuelle Niederbayerische Verkehrskonzept ist am Dienstag in einer Sitzung des Passauer Kreisvorstandes „Die Linke“ heftig diskutiert und kritisiert worden. Man war sich einig, dass es im Wesentlichen nichts Neues biete und schon deshalb überflüssig sei. Josef Ilsanker, Listenführer bei den Wahlen zum Niederbayerischen Bezirkstag im September, fasste die Stellungnahme seiner Partei zu diesem Konzept in mehreren Punkten zusammen:

Die CSU bietet angesichts der stetig steigenden Energiepreise keine neuen verkehrspolitischen Alternativen, sondern setzt weiter auf steigende Verkehrszahlen und den Ausbau von Straßen und nicht auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs würde nicht nur die Umwelt schützen sondern auch den Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger schonen. Hier drängt sich erneut der Hinweis auf, dass es die CSU, CDU und SPD waren, von denen die Pendlerpauschale abgeschafft wurde. Da „Die Linke“ schon gegen die Abschaffung war, wird sie noch vor dem 28. September im Bundestag einen Antrag zur Wiedereinführung einbringen. Hier wird man sehen wie die CSU zur Pendlerpauschale wirklich steht.

Die vom Bezirksverband vorgeschlagenen Verbesserungen des Schienenverkehrs sind nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein und sind aufgrund der von der CSU forcierten Bahnprivatisierung nur noch schwer zu erreichen. Sicher ist eine stündliche Anbindung an München und eine verbesserte Verbindung nach Regensburg und Nürnberg für unsere Region sehr wichtig, aber eine Verbesserung des Personennahverkehrs in der Fläche ist genauso wichtig. Die Bahnprivatisierung steht dem jedoch entgegen. Zudem müssen Logistikzentren geschaffen werden, um den Gütertransitverkehr durch Niederbayern auf die Schiene zu verlagern.

Beim Donauausbau zeigt die CSU und die Bezirksregierung eindeutig, dass sie sich über Bundestagsbeschlüsse hinweg setzen will: Am 7. Juni 2002 wurde im Bundestag beschlossen, die Donau zwischen Straubing und Vilshofen ohne Staustufen auszubauen, also nach der so genannten Variante A. Die CSU ließ bereits im Raumordnungsverfahren erkennen, das sich auch auf die ihr favorisierte Variante C2.8 bezog und dass sie sich über diesen Beschluss hinwegsetzen will. Obwohl sich der Bundestag deutlich für eine Variante entschieden hat, ließ die Regierung von Niederbayern im Raumordnungsverfahren die Variante C2,8 mit einer Staustufe und Variante D2 mit drei Staustufen prüfen. Diese Missachtung eines Bundestagsbeschlusses kostet den Steuerzahler 33 Millionen Euro.

Der nach Abschluss des Verfahrens von der Regierung Niederbayern empfohlene Ausbau der Donau nach Variante C 2,8 muss verhindert werden. Er bedeutet die Zerstörung des letzten Stücks

frei fließender Donau und damit auch die Vernichtung eines einzigartigen Ökosystems. Auch ein weiteres Argument für eine Staustufenlösung, die Donau für dreilagige Containerschiffe schiffbar zu machen, kann nicht überzeugen: Die Brücken über den Rhein-Main-Donaukanal sowie weitere Überführungen sind zu niedrig und machen den Einsatz dieser Containerschiffe ohnehin unmöglich. Die Variante C2,8 würde daran nichts ändern. Ein Ausbau nach Variante A ist verkehrstechnisch völlig ausreichend, auch wenn das die CSU und die zu „Eon“ gehörende Rhein-Main-Donaukanal AG nicht wahrhaben will.

Josef Isler